

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Volker Hauff MdB, Bundesverkehrsminister, berichtet von der gewandelten Aufgabenstellung für EUROCONTROL: Effektivere Flugsicherung. Seite 1

Ludwig Stiegler MdB setzt sich mit dem Doppelspiel der Opposition bei der Mitbestimmung auseinander: Mit gespaltener Zunge. Seite 3

Rudi Schmitt MdB analysiert die Kommunalwahlen in Hessen: Warnung und Aufforderung. Seite 4

Dokumentation

Junge Union Berlin kontra Weizsäcker: Für Dialog, Selbstkritik und Reform. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 69

9. April 1981

Effektivere Flugsicherung

Gewandelte Aufgabenstellung für EUROCONTROL

Von Volker Hauff MdB
Bundesminister für Verkehr

Noch immer kommt es in der Reisesaison zu Verzögerungen im europäischen Luftverkehr. Dies ist nicht verwunderlich für den, der weiß, daß solche Verzögerungen vornehmlich durch Kapazitätsengpässe der Flugsicherungssysteme der Mittelmeerstaaten verursacht werden, die nicht der Organisation EUROCONTROL angehören.

Bereits im Jahre 1963 haben sich Frankreich, Großbritannien, die BENELUX-Staaten und die Bundesrepublik Deutschland in der Organisation EUROCONTROL zusammengeschlossen, der im Jahre 1965 auch Irland beitrug. Ursprüngliches Ziel EUROCONTROLS war es, die Flugsicherungskontrolle des Luftverkehrs im oberen Luftraum (oberhalb 7.500 m) aller Mitgliedstaaten als supranationale, grenzübergreifende Aufgabe durchzuführen. Dieses Ziel konnte jedoch nur in Belgien, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. In den anderen Mitgliedstaaten standen dem politische Gründe entgegen.

Mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren wird das EUROCONTROL-Übereinkommen zum 28. Februar 1983 erstmals kündbar und Großbritannien und Frankreich haben unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht bereit sind, das Übereinkommen in seiner gegenwärtigen Form - das heißt eigene Exekutivfunktionen für EUROCONTROL - zu verlängern. DIE EUROCONTROL-Mitgliedstaaten sind daher übereingekommen, diese Funktionen entfallen zu lassen und die Aufgabenstellung der Organisation EUROCONTROL auf andere, zukunftsweisende Aufgaben der europäischen Flugsicherung auszurichten. Obwohl sich die Bundesrepublik Deutschland für eine Beibehaltung der bisherigen Zielsetzung der Organisation



und für eine Erweiterung der Exekutivbefugnisse EUROCONTROLS ausgesprochen hatte, hat sie der Änderung des Übereinkommens schließlich zugestimmt, um eine Kündigung durch andere zu verhindern und damit das weitere Bestehen der Organisation sicherzustellen.

So wird sich die Organisation nach Änderung des EUROCONTROL-Übereinkommens ab 1. März 1983 auf die europäische Flugsicherungsplanung und -forschung sowie auf die Verkehrsflußsteuerung konzentrieren und ihren Mitgliedstaaten beim Aufbau vergleichbarer technischer Flugsicherungssysteme behilflich sein. Damit wird sichergestellt, daß der weitere Systemausbau nach gleichen Maßstäben erfolgt und alle Kontrollzentralen eine dem Verkehr entsprechende Kapazität erhalten. Die Wahrnehmung einer zentralen Rolle in einem europäischen Verkehrsflußregelungssystem bedeutet darüber hinaus sowohl Überwindung kurzfristiger Engpässe durch europaweite Koordination als auch vorausschauende Verkehrsplanung, um Engpässe gar nicht erst entstehen zu lassen. Hier liegt für EUROCONTROL eine große Zukunft.

Die gewandelte Aufgabenstellung wird auch für andere Staaten ein Anreiz sein, dem EUROCONTROL-Übereinkommen beizutreten. So wird Portugal als achter Staat ab 1. März 1983 der Organisation angehören. Spanien und Griechenland bemühen sich um die aktive Unterstützung EUROCONTROLS beim Ausbau ihrer Flugsicherung und um einen Beitritt zur Organisation. Letzteres ist nur eine Frage der Zeit.

Die EUROCONTROL-Zentrale Karlsruhe, die von der Bundesanstalt für Flugsicherung übernommen und wie bisher weiterbetrieben wird, wird auch nach Änderung des EUROCONTROL-Übereinkommens zum 1. März 1983 unter Mitwirkung von EUROCONTROL-Software-Spezialisten weiter ausgebaut werden. Für die Zentrale Maastricht wird gegenwärtig eine Ausdehnung der Kontrolltätigkeit auf den gesamten unteren Luftraum Norddeutschlands und der BENELUX-Staaten untersucht.

Die so gewandelte Aufgabenstellung EUROCONTROLS wird dazu beitragen, die Flugsicherung in Europa in sinnvoller Weise und entsprechend den veränderten Anforderungen des Luftverkehrs weiter zu entwickeln und auszubauen. (-/9.4.1981/ks/ca)

+ + +



Janusköpfige Opposition

CDU und CSU sprechen in Sachen Mitbestimmung mit gespaltener Zunge
von Ludwig Stiegler MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Das Erlebnis war beeindruckend. Am Vormittag gebärdeten sich Blüm und Blümchen bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung wie die Erfinder und Gralshüter der Montan-Mitbestimmung. Wenige Stunden darauf, am Nachmittag meldete die Opposition schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Regierungsentwurf an. Der Koalition wurde vorgehalten, das Gesetz diene nicht der Sicherung, sondern der Erweiterung des Geltungsbereiches des Montan-Mitbestimmungsgesetzes. Von Willkür war die Rede. Die Opposition hatte sich der Stellungnahme der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, die ins Hearing zu kommen sich zu schade war, voll zu eigen gemacht. So geht das zu bei der Opposition.

Mit Blümchen in der Öffentlichkeit und im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung wird eine arbeitnehmerpolitische und gewerkschaftspolitische Offensive gestartet. Im Rechtsausschuß werden diesen Blümchen dann mit fadenscheinigen verfassungsrechtlichen Argumenten "die Köpfe abgerissen". Offensichtlich sollen hier bereits die Weichen für den nächsten Gang nach Karlsruhe gestellt werden.

Hier zeigt sich wieder einmal die alte Janusköpfigkeit der Opposition. Solange sie nicht entscheiden kann, dürfen ihre Sozialpolitiker mit Mitbestimmungspalaver locken. Derweil werden aber von einer anderen, der stärkeren Riege der Opposition, bereits die Hürden wieder aufgebaut.

Diese Doppelstrategie, die auch politische Falschmünzerei genannt werden könnte, muß von der Öffentlichkeit endlich zur Kenntnis genommen werden. Mit Schaukämpfen kann man die Montan-Mitbestimmung nicht retten. Die Arbeitnehmer müssen wissen, das ihnen Blüm und Blümchen nur Lockvogelangebote anzubieten haben, die in der Wirklichkeit nicht tragen. Deshalb ist die Entscheidung der Koalition, weil sie die Zukunft der gesamten Montan-Mitbestimmung offenhält, die bessere. (-/9.4.1981/hl/ca)

+ + +



Warnung und Aufforderung**Kommunalwahlen in Hessen - Menetekel für die SPD?**

Von Rudi Schmitt MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Wenn nach den Ergebnissen der Kommunalwahlen von 1977 auch die Erwartungen an den 22. März 1981 für die Sozialdemokraten nicht groß waren, so haben die hessischen Wähler der SPD in Hessen doch eine Niederlage bereitet. Relativ gute Ergebnisse für die SPD und ihre Kandidaten in Darmstadt und in einigen Städten und Gemeinden unseres Landes führen nicht an der für uns bitteren Erkenntnis vorbei: In den meisten hessischen Städten, Landkreisen und Gemeinden kann die SPD nur aus der Position der Minderheit Einfluß auf die örtliche Politik nehmen. In den Parlamenten der kreisfreien Städte und der Kreistage hat die CDU nunmehr 957 Sitze (6 gewonnen), die SPD 806 (60 gegenüber 1977 verloren).

Bei den Gemeindewahlen verlor die SPD 2,6 Prozent und steht nunmehr mit 39,8 Prozent der CDU mit 44,8 Prozent gegenüber. Gegenüber den Bundestagswahlen 1980 verlor die SPD in Hessen eine halbe Million Stimmen, die CDU konnte ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl nahezu stabilisieren (Verlust 32.000 von 1.448 Millionen Stimmen). Die FDP konnte sich - das Frankfurter FDP-Ergebnis fällt aus dem Rahmen - gegenüber 1977 leicht verbessern (plus 17.000 Stimmen), verlor aber gegenüber der Bundestagswahl 200.000 Wähler; das sind zwei Drittel der für die FDP bei der Bundestagswahl 1980 abgegebenen Stimmen.

Die Grünen - in unterschiedlicher Formation angetreten - konnten gegenüber der Bundestagswahl 1980 ihren Stimmenanteil verdoppeln (von 65.000 auf 128.000). Die SPD hat jetzt nur noch in zwei Kreistagen die absolute Mehrheit: In Hersfeld-Rotenburg und im Werra-Meißner-Kreis. Die CDU verfügt dagegen in elf Kreistagen beziehungsweise Stadtverordnetenversammlungen über die absolute Mehrheit. Die SPD verlor die absolute Mehrheit in den Kreisen Groß-Gerau, Kassel Land, Schwalm-Eder und in den Städten Kassel, Wetzlar, Hanau und Rüsselsheim. Die CDU löst die SPD als stärkste Partei ab im Kreis Gießen, im Lahn-Dill-Kreis, im Vogelsbergkreis und in Rüsselsheim.

Diese Ergebnisse fordern zur gründlichen Analyse, zum Nachdenken auf. Mit Schuldzuweisungen - an wen auch immer - kommen wir nicht weiter. Unmittelbar betroffen sind die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, die trotz guter Leistungen in der Vergangenheit, trotz konstruktiver kommunaler Konzeptionen nunmehr die Opposition in den kommunalen Parlamenten stellen.

Betroffen sein muß aber auch die SPD in ihrer Gesamtheit, denn bei den Wahlen in den Städten und den Landkreisen stand die SPD als Partei auf dem Prüfstand. Und diese unsere SPD ist seit den Bundestagswahlen 1980 nicht in guter Verfassung. Die SPD stellt sich für den Bürger mit vielen inneren Widersprüchen dar. Die notwendige offene Diskussion über Friedenssicherung, Waffenexport, Nutzung der Kernenergie, das Spannungsfeld der Ökologie mit der Ökonomie wird in der SPD weithin personenbezogen, ohne Bezug auf die Sozialdemokraten gemeinsamen Grundüberzeugungen geführt.

Viele in der SPD haben vergessen, daß der Wahlerfolg am 5. Oktober 1980 nur mit Bundeskanzler Helmut Schmidt erreicht werden konnte; manche übersehen, daß Wähler aus



unterschiedlichen Motiven heraus Helmut Schmidt über die FDP gewählt haben. Die SPD beschäftigt sich zu sehr mit sich selbst. Die anerkannt notwendige Problemdiskussion verwischt die klaren Konturen der SPD-Politik. Unterschiedliche Erklärungen maßgebender Politiker und verschiedener Gremien der SPD vermitteln vielen Wählern ein schillerndes, ein diffuses Bild. Beschlüsse, auch wenn sie wortgleich von gleichen Parteigremien wiederholt werden, werden mit der Beschlußfassung allein, von politisch Aktiven in der Partei damit noch nicht als politisches Konzept akzeptiert. Koalitionspolitik allein kann nicht Inhalt und Ziel der Politik der SPD sein. Andererseits muß aber die Partei ihren in Regierungsverantwortung entsandten Vertretern einen Handlungsspielraum lassen, der sich im Rahmen unserer Gesamtpolitik bewegt. Die SPD braucht das Gespräch in der Partei stärker als gegeneinander geführte öffentliche Diskussionen. Deswegen helfen uns bei der Bewertung der hessischen Kommunalwahlen gegenseitige Schuldvorwürfe nicht weiter. Wir müssen gemeinsam nach den Ursachen fragen und überlegen, wie wir verlorene Wähler zurückgewinnen können.

Dabei können wir objektive Belastungen der sozialdemokratischen Politik nicht übersehen - Belastungen für die Bürger, die auch die überzeugendste Parteiarbeit nicht überdecken kann. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, das Leistungsbilanzdefizit, Arbeitslosigkeit, der Wohnungsmangel in den Ballungsgebieten, die Mineralölsteuererhöhung gehen in den Augen der Wähler eindeutig zulasten der stärksten Regierungspartei.

Wenn auch viele Mitbürger die politischen Entscheidungen der Koalition wie die Erhöhung der Mineralölsteuer und den Subventionsabbau als politisch unabdingbar hinnehmen und auch weitere Einschränkungen zu akzeptieren bereit sind, so vermessen viele unserer potentiellen Wähler die soziale Ausgewogenheit der Entscheidungen. Die Mineralölsteuererhöhung ohne Ausgleich für Fernpendler führt zu einseitigen Belastungen der Arbeitnehmer. Angesichts der stagnierenden oder rückläufigen Einkommensentwicklung ist die stete Steigerung der Verteidigungslasten gerade SPD-Wählern schwer zu vermitteln.

Die hessische Landespolitik hat bei den Kommunalwahlen regional eine entscheidende Rolle gespielt. Der Verlust von Mehrheiten in traditionellen SPD-Hochburgen wie im Landkreis Groß-Gerau und in der Stadt Rüsselsheim ist eine unmittelbare Folge der Startbahn-West-Entscheidung der hessischen SPD.

Die Gleichzeitigkeit von umweltrelevanten Großvorhaben wie Startbahn West, Kernkraftwerk Biblis C, Wiederaufbereitungsanlage in Hessen, Sondermülldeponie Mainflingen, Braunkohlenabbau im Meißner-Gebiet hat Hessen zum Mittelpunkt der ökologischen Problematik werden lassen. Hierin lag die große Chance für die Grünen und die Bürgerinitiativen, die - ohne Auswirkungen auf die Bundespolitik fürchten zu müssen - ihrem Protest bei den Kommunalwahlen Ausdruck verliehen haben. Hat sich die Landesregierung nicht zu viel vorgenommen? Nicht zu verkennen ist, daß die SPD sich unterschiedlichen Erwartungen ihrer Wähler gegenüberstellt, die nur sehr schwer in Einklang zu bringen sind. Die Arbeitnehmerschaft, der Mittelstand erwarten von der SPD die Sicherung der Energieversorgung auch durch Nutzung der Atomenergie. Allerdings kann man davon ausgehen, daß auch die, die sich im Grundsatz für die friedliche Nutzung der Kernenergie aussprechen, dann dagegen sind, wenn ein Kernkraftwerk oder eine Wiederaufbereitungsanlage in ihrer Nähe errichtet werden soll.

Viele politisch denkende junge Menschen - vor allem Schüler und Studenten - sehen in der friedlichen Nutzung der Kernenergie eine Gefahr für unsere Zukunft. Die Gegnerschaft zur Kernenergie wird für diese jungen Leute zum alleinigen Maßstab für politische Entscheidungen.



Auch die Hausbesetzungen finden in der Bevölkerung ein unterschiedliches Echo. Während das Verständnis für den sozialen Protest, für die demonstrative Anprangerung von Mißständen gerade auch bei SPD-Anhängern gegeben ist, finden doch Gewalttaten in diesem Zusammenhang steigende Kritik in der Bevölkerung.

Wer vom Nachdenken spricht, kann nicht allein nach bundes- und landespolitischen Einflüssen fragen, sondern muß sich selbst die Frage stellen, ob in der eigenen Stadt die richtigen Inhalte, die richtigen Repräsentanten und der angemessene Stil der Selbstdarstellung gefunden wurde. Stimmenzuwächse bei Gemeinde- und Ortsbeiratswahlen im Gegensatz zu Kreis- und Stadtergebnissen lassen den Schluß zu; Auch bei schlechter Großwetterlage sind Erfolge durch persönlichen Einsatz und Bürgernähe im überschaubaren Gemeindebereich zu erzielen.

Die hessischen Sozialdemokraten sind aufgefordert, einen neuen Anfang zu finden. Selbstmitleid, Schuldzuweisungen oder gar Resignation führen nicht weiter. Gefragt ist eine gründliche Analyse, ein gründliches Nachdenken und Überlegen, was künftig in der Partei und mit der Partei zu tun ist. Dazu gehört vor allem ein besserer Dialog zwischen denen, die politische Verantwortung tragen und denen, die als Parteimitglieder und ihre Repräsentanten die Politik der SPD mitgestalten sollen, aber auch mitvertreten müssen. Dazu gehört die Bereitschaft in der SPD, sozialdemokratisch geführte Regierungen nicht als Hauptgegner zu betrachten, mit dem man sich politisch auseinanderzusetzen hat.

Die hohe Zahl der Wahlenthaltungen gibt uns die Chance, durch Konzentration auf wesentliche Elemente unserer Politik verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen:

Dazu gehört:

- Sozialdemokraten sichern den Frieden ohne den gefährlichen Rüstungswettkampf, der in sich den Frieden gefährdet. Verhandlungen müssen mit einer angemessenen Verteidigungsfähigkeit abgesichert werden. Steigende Rüstungslasten gefährden die soziale und ökonomische Stabilität.
- Aufgrund der weltwirtschaftlichen Lage ist die Sicherung des sozial und wirtschaftlich Erreichten schon ein Erfolg; zur Sicherung unserer Zukunft werden materielle Opfer von allen gefordert werden müssen - entscheidend ist hier die gerechte Lastenverteilung.
- Wir sichern die natürlichen Lebensgrundlagen nicht mit ökologischer Romantik, sondern durch klare Gesetze, eine die Natur schonende Raumordnung und Stadtplanung und umweltbewußtes Verwaltungshandeln. Für die SPD sind die ökologischen Fragen lebenswichtig. Politische Entscheidungen können sich aber nicht allein an ökologischen Maßstäben orientieren.
- Die SPD muß über die aktuelle Krisenbewältigung hinaus ihre Perspektiven für die Zukunft wieder deutlicher ins allgemeine Bewußtsein bringen.
- Wahlniederlagen sind schmerzlich. Sie können zur Resignation oder einer blinden Anpassung an politisch aktuelle Grundstimmungen führen. Worauf es ankommt: In der Besinnung auf unsere politischen Grundwerte Antworten auf aktuelle Fragen zu finden, die über den Tag hinaus den Menschen begründete Hoffnung auf eine humane Zukunft machen können.

Menetekel am 22. März - eine Warnung ja, aber zugleich eine Aufforderung:
Nachdenken, offen die Probleme ansprechen und dann gemeinsam handeln.

(-/9.4.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Die Junge Union Berlin hat zum Thema "Reaktionen auf Hausbesetzungen und Jugendunruhen eine Presseerklärung abgegeben, die wir dokumentieren, weil sie in Widerspruch zum CDU-Landesvorsitzenden Weizsäcker wie der Regierende Bürgermeister Hans-Jochen Vogel für eine besonnene Politik eintritt.

Für Dialog, Selbstkritik und Reform

Für eine besonnene und selbstkritische Reaktion auf Jugendunruhen und Hausbesetzungen hat sich erneut der Landesvorstand der Jungen Union Berlin ausgesprochen.

Die Junge Union hält vor allem folgende Einsichten für wesentlich:

1. Hausbesetzungen und Unruhen - mögen sie auch von radikalen Minderheiten geschürt oder genutzt werden - sind Erscheinungsformen eines viel tiefer und weitreichenden Unbehagens einer Generation, die sich angesichts von Arbeitslosigkeit, zunehmender Bürokratisierung, Zentralisierung, Spezialisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche und des wortreichen Leerlaufs unseres Politikbetriebes überflüssig, der sinnvollen Lebensziele beraubt, hilflos und nicht ernstgenommen fühlt. Deshalb sind Mut und Fähigkeit zu Dialog, Selbstkritik und Reform für alle demokratischen Parteien überlebenswichtig und Überlebensnotwendig. Wer nichts als pauschale Massenverhaftungen und neue Polizeiwaffen anzubieten hat, offenbart erschreckende Hilflosigkeit.
2. Unglaublich ist aber auch der, der Gewalt zu einem beliebig verwendbaren Mittel der Politik machen will. Gegen Schläger, Brandstifter, Plünderer muß ein Rechtsstaat nach Auffassung der Jungen Union energisch einschreiten - gerade auch, um diejenigen Jugendlichen zu unterstützen, die ihre Ziele ohne Gewalt durchzusetzen willens sind. Deshalb lehnt die JU den Vorschlag einer Amnestie für Strafgefangene im Zusammenhang mit Hausbesetzungen ab. Anpassung an flüchtigen Tagesbeifall ist Heuchelei.
3. Hausbesetzungen bleiben ein Signal für eine verfehlte und gescheiterte Wohnungspolitik. Es bleibt deshalb vorrangige Aufgabe der Politik in Berlin, ihren durch eine energische Reform der Sanierung und des Wohnungsbaues die Ursache zu nehmen. Gleichzeitig muß jetzt entschieden werden, wo verhandelt und wo geräumt werden soll. Nur so ist die weitere Solidarisierung von friedlichen und gewalttätigen Gruppen zu verhindern.

Berlin, den 16.3.1981

Joachim Krüger, Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin
Bernhard Kotowski, stellv. Landesvorsitzender der JU Berlin

(- / 9.4.1981 / ks / ca)

+ + +

